

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 62 (1970)
Heft: 6

Artikel: Bulgarien im Engpass
Autor: Schläppi, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354454>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bulgarien im Engpass

Offenbar macht Bulgarien diese erste Jahreshälfte eine kritische Entwicklungsphase durch. Die auf dem ausserordentlichen ZK-Plenum Ende April gefällten Entscheidungen lassen den Schluss zu, dass es in den letzten Monaten zu verschiedenen Spannungen und Machtkämpfen innerhalb des Parteiapparates gekommen sein muss.

Im Frühherbst 1969 begann sich langsam eine innenpolitische Krise abzuzeichnen, als innerhalb des Zentralkomitees ein Antrag des Politbüros nicht die erforderliche Stimmenmehrheit hinter sich brachte. Ueber die offizielle Politik den Jugendorganisationen gegenüber kam es in der Folge zu scharfen Auseinandersetzungen. Erst auf dem September-Plenum konnte Todor Schivkoff die Wogen glätten und sein Postulat auf verstärkte Kontrolle des Komsomols durchsetzen. Am 25. September gab Radio Sofia bekannt, über die politische Arbeit des Jugendverbandes seien neue Richtlinien ausgearbeitet worden, die Führungsrolle der Partei müsse in jeder Beziehung aktiviert werden.

Wenige Wochen später wurde die Säuberungskampagne gegen die Schriftsteller begonnen. Zu einem gezielten Schlag gegen den Schriftstellerverband holte am 11. Dezember das Zentralorgan «Rabotnicesko Delo» aus. Blaga Dimitrowa, die bekannteste Schriftstellerin des Landes, diente dem reaktionären Parteiflügel dabei als Zielscheibe. Sie wurde beschuldigt, sie agitiere in ihren Werken bewusst gegen die sozialistische Ideologie, verbreite kleinbürgerliche Tendenzen, wende sich gegen die Kriterien des Sozialistischen Realismus, und ihre «Helden bewegten sich ausserhalb der Plattform des sozialistischen Vaterlandes». Das inzwischen gleichgeschaltete Jugendorgan «Narodna Mladesch» doppelte sofort nach. Das Blatt kritisierte im besonderen die junge Dichtergeneration, welche nicht mehr ausreichend den Kampf der Partei gegen den Klassenfeind besinge.

Am 24. Januar meldete Radio Sofia plötzlich umfangreiche Umbesetzungen an der Spitze der Kulturverbände. Die Wochenschrift «Literaturen Front» bekam einen neuen Chefredaktor, Präsident und Generalsekretär des Schriftstellerverbandes wurden ausgewechselt. Gleichzeitig wurde die Redaktion der Monatszeitschrift «Plamak» vollständig umgebildet. Innerhalb des ZK etablierte das Politbüro eine Kommission für Literaturkritik, welche durch den Apparatschik und Dogmatiker Andrej Guljaschkij geleitet wird.

Zur Zeit ist Blaga Dimitrowa, zusammen mit etlichen Schriftstellern und Malern, in ein ausgedehntes Parteiverfahren verwickelt. Das Organ der Vaterländischen Front, «Otetschestwen Front», liess Ende April durchblicken, dass die Revisionisten in der Kunst mit harten Parteistrafen oder gar mit dem Parteiausschluss zu rechnen hätten.

Der sich abzeichnende harte Kurs des Regimes Schivkoff drang am 29. Oktober 1969 auf dem Komsomolkongress bereits durch. Iwan Paneff, der Erste Sekretär des Komsomol, unterstrich, die Jugend habe sich wieder mehr hinter die Direktiven des Parteiapparates zu stellen. Es sei unerlässlich, dass der Jugendverband die Zielsetzungen des Kommunismus besser als zuvor vertrete und die Partei in ihren Aufgaben vermehrt als bislang unterstütze. In erster Linie habe er alles zu unternehmen, um die Politik des demokratischen Zentralismus zu festigen.

Zahllos sind die Indizien vorhanden, dass es über die Jahreswende zu Machtkämpfen gekommen ist, welche schlussendlich vom revisionistischen Flügel verloren wurden. Anfang 1970 wurde ein Dekret erlassen, das die Diktion Todor Schivkoffs verriet: er verlängerte die Legislaturperiode der Volksräte um ein Jahr bis Februar 1971. Radio Sofia begründete diesen Schritt damit, dass sich Neuwahlen erst nach dem 20. Parteikongress aufdrängten. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die politökonomischen und ideologischen Abteilungen beim Zentralkomitee ein neues gesellschaftspolitisches Konzept ausgearbeitet haben, und es werde erst dann vonnöten sein, «dass eine neue Elite von Volksvertretern diese Konzeption des Fortschrittes verwirkliche».

Diese Begründung traf die Wahrheit allerdings kaum. In den wichtigsten Landwirtschaftsgebieten, so in Kiustendil, in Tolbuchin, in Blagoeffgrad, war die Krise offen ausgebrochen, die Bauern hatten sich gegen die Zentralgewalt in Sofia gewandt. Wiederholt reisten die höchsten Funktionäre von Partei und Regierung in die Zentren des Aufruhrs, um die Bauern zu beschwichtigen. Sie erklärten sich mit einer neuerlichen Agrarreform nicht einverstanden.

Dennoch setzte das Politbüro letztendlich seinen Kopf durch: Inzwischen wurden die selbständigen Agrargenossenschaften zu Grosskomplexen zusammengelegt und dem Ministerium für Ernährung und Binnenhandel unterstellt: somit sind sie nicht mehr in der Lage, unabhängig und auf eigene Rechnung zu wirtschaften.

Bis zur Stunde dürfte die Ruhe in Bulgarien nicht mehr ganz wiederhergestellt sein. Auf dem April-Plenum geisselte der Erste Parteisekretär die vielerorts aufgetretenen «lokalen Ambitionen». Schivkoff deklarierte sie als Abweichungen von der Parteilinie und erklärte, revisionistische Tendenzen, welche die Zentralgewalt des Parteiapparates einzuschränken suchten, könnten niemals toleriert werden und würden streng bestraft.

In diesem Balkanstaat werden die kleinen Freiheiten wieder unterdrückt, welche im Zuge der von Petko Kunin vor sechs Jahren eingeführten Wirtschaftsreformen von der Sofioter Zentrale anfänglich gelitten wurden. Mittlerweile ist der Vater der bulgarischen Wirtschaftsreform aus den wichtigsten Positionen in Apparat und Planung entfernt worden, und die Demokratisierung und Dezentrali-

sierung des Wirtschaftsapparates wird Schritt für Schritt rückgängig gemacht, mehrheitlich bewirkt dadurch, dass die Sowjets ihren Druck auf Bulgarien bedeutend vergrößert haben.

Während der Feierlichkeiten «25 Jahre kommunistisches Bulgarien» im Oktober meldete die Agentur «Tass», dass Moskau und Sofia als erste von den sozialistischen Bruderländern in Zukunft die Wirtschaft gemeinsam planen werden.

Zu gleicher Zeit verkündete der Vorsitzende des Staatskomitees für Wissenschaft, Iwan Popoff, die ZK-Funktionäre hätten der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung zugestimmt. Ende September war es zu einer ersten ZK-Tagung im Zeichen der Wirtschaftskrise gekommen. Erst Mitte Januar publizierte «Rabotnicesko Delo» die weiteren Beschlüsse dieses Plenums. Im Leitartikel stand, die Hebung des technologischen und wissenschaftlichen Niveaus sei vordringlich geworden, gleichzeitig aber müsste die Kontrolle der Parteiinstanzen über die Volkswirtschaft erweitert werden. Um dies zu erreichen, würden neue zentrale Verwaltungsmechanismen geschaffen.

Im März fand schon wieder ein Wirtschaftsplenum statt. Dabei musste der Vorsitzende der Planungskommission, Angel Zoloff, zugeben, dass die gesteckten Planziele, namentlich im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft, nicht erfüllt worden seien. Weiter hätten die von den örtlichen Räten gebildeten Transporteinheiten ihre Pflichten sträflich vernachlässigt und die Untersuchungen gegen Direktoren autonomer Wirtschaftsunternehmen und gegen fehlbare Ministerialbeamte seien noch immer nicht abgeschlossen. Die Situation im Transportwesen sei nach wie vor unhaltbar, und der Ernteeinsatz der studierenden Jugend sei ausgesprochen mangelhaft gewesen, bloss 8000 Studenten hätten sich an den Sonderbrigaden des Vorjahres beteiligt.

Allerdings verfolgten die bekanntgegebenen Enqueten nicht allein den Zweck, Machinationen betrügerischer Direktoren und Spitzenfunktionäre in den Ministerien aufzudecken. Am 8. Januar bestätigte «Otetschestwen Front», dass die Aktion seit langem minutiös genau vorbereitet gewesen sei und der «Rezentralisierung der ökonomischen Kräfte» gedient hätte. Inzwischen sind ja die autonomen, mit Kunins Wirtschaftsexperiment verselbständigten Handelsunternehmen «Bulgarische Handelsflotte», «Texim» und «Pirin» etc. aufgelöst worden. Das selbe Blatt führte weiter aus, Gründe hierfür hätte es genügend gegeben. Die Disziplin auf allen volkswirtschaftlichen Sektoren hätte wieder erhöht werden, man hätte ebenfalls Massnahmen gegen die sinkende Arbeitsproduktivität ergreifen müssen, und nicht zuletzt müsste die Führungsrolle der Partei über die Oekonomie erneuert werden.

So genehmigte denn auch die Apriltagung des ZK's einstimmig alle die in den vergangenen Monaten gefassten Postulate auf eine

Wiedererstarkung des Parteiapparates und wies der KP bedingungslos das uneingeschränkte Recht zu, sämtliche Gebiete des öffentlichen Lebens im Sinne der sozialistischen Gesellschaftsentwicklung zu kontrollieren.

Das Neue Oekonomische Modell ist totgesagt, in Bulgarien wird offenbar wieder restalinisiert. Auch Bulgariens Kommunisten scheinen sich im bestbekannten Dilemma des Systems verfangen zu haben. Sie opfern die Effektivität der Wirtschaft und damit Reformen und Liberalisierung ihrem totalen Machtanspruch.

Bruno Schläppi, Wien

Die Gewerkschaftsbewegung im Umbruch unserer Zeit

Nachfolgender Aufsatz möchte zur Klärung der Frage beitragen: Wird die Gewerkschaftsbewegung in den kommenden Jahren ihren Einfluss auf die Gesellschaft verlieren oder vertiefen? Die Untersuchung dieser Frage berücksichtigt vorzüglich den Aspekt der wissenschaftlich-technischen Revolution und deren Auswirkung auf unsere Gesellschaft. Die dem Aufsatz zugrunde liegenden Fakten entnehmen wir dem ausgezeichneten Artikel: «Naturwissenschaftliche und technische Intelligenz im Spätkapitalismus» von Margarete Eschenbach¹.

Ein wesentlicher Grund, warum die Gewerkschaftsbewegung der Gefahr eines Niederganges ausgesetzt sein könnte, liegt in der sich abzeichnenden *Umstrukturierung* der Arbeitnehmer. Die bis anhin die Gewerkschaftsidee tragende Basis – die Arbeiterschaft – ist im Begriff, zahlenmässig zugunsten des Angestelltenstatus einzuschrumpfen. Diese Schrumpfung erklärt sich aus der Tatsache, dass sich heute die Wissenschaft in Verbindung mit der Automatisierung und der elektronischen Datenverarbeitung in eine unmittelbare Produktivkraft verwandelt. Diese Produktivkraft findet ihren Ausdruck in der Programmierbarkeit der Arbeitsabläufe auf dem Gebiet der Industrie, der Forschung, der Verwaltung und des Dienstleistungsbereiches. Ausdruck dieser Programmierbarkeit ist die Computertechnik, die bald alle Lebensbereiche durchdringt. Sie verlangt vom Menschen einen immer höheren Anteil an schöpferisch-geistiger Arbeit. «Die Arbeitertätigkeit wird in der Tendenz körperlich leichter und verwandelt sich mehr und mehr in komplizierte Arbeit.» (M. Eschenbach)

¹ Erschienen in Nr. 2/70 der «Blätter für deutsche und internationale Politik», Pohl-Rugenstein-Verlag, Köln.